

AUSSENHANDEL: Nationalrat will Industriezölle nicht unilateral abschaffen

Bauern und Linke besiegen Parmelin



Die Nationalräte Markus Ritter (CVP, SG), Leo Müller (CVP, LU), Roger Köppel (SVP, ZH) als Aussenpolitiker, Jacqueline Badran (SP, ZH) und Sophie Michaud Gigon (Grüne, VD) ergriffen in der Debatte das Wort gegen die Vorlage zur einseitigen Abschaffung der Industriezölle. (Bilder: parlament.ch)

Der Bundesrat wollte, angetrieben von der Schweizer Industrie, die Zölle auf importierte Industriegüter abschaffen, ohne dass andere Länder auch der Schweiz entgegengekommen wären. Der Nationalrat hat das abgelehnt.

Die grosse Kammer ist am Donnerstag nicht auf die vom Bundesrat ausgearbeitete Vorlage eingetreten. Der Entscheid fiel mit 108 zu 83 Stimmen. Die Mehrheit folgte der vorberatenden Wirtschaftskommission. Nun ist der Ständerat am Zug. Tritt er auch nicht ein, ist die Vorlage vom Tisch, andernfalls muss sich der Nationalrat noch einmal mit dem Geschäft befassen.

550 Millionen weniger

Mit der Abschaffung der Industriezölle würden dem Bund rund 550 Millionen Franken pro Jahr entgehen. Das würde zu einer massiven Schwächung des Bundeshaushalts führen, zumal der Bundesrat keine Gegenfinanzierung vorschlägt, sagte Kommissionssprecher Markus Ritter (CVP, SG). Seiner Ansicht nach ist das angesichts der hoch verschuldeten Bundeskasse unver-

antwortlich. Man gehe mit grosser Geschwindigkeit einem Sparprogramm entgegen, ein Wegfall der Industriezölle würde dort den Handlungsbedarf weiter erhöhen. Und er machte klar, wo gespart oder noch mehr gespart würde: «Von einem Sparprogramm wären die vier schwach gebundenen Bereiche – die Entwicklungshilfe, die Bildung, die Armee und die Landwirtschaft – am stärksten betroffen.»

Falsche Strategie

Bauernverbandspräsident Ritter erinnerte auch daran, dass die Unternehmen schon durch die Unternehmenssteuerreform um 2 Milliarden Franken entlastet werden. Als Nächstes müssten Haushalte entlastet werden. «Falsche Prioritäten!», urteilte Ritter. Die Mehrheit des Nationalrats glaubte auch nicht daran, dass die Konsumentinnen und Konsumenten von tieferen Preisen profitieren würden. Ritter verwies auf die Erfahrungen bei der Reduktion der Agrarzölle in den Neunzigerjahren. Der Bundesrat aber beziffert die Einsparungen auf Stufe Konsumenten auf 350 Millionen Franken. Kritisiert wurde im Nationalrat auch eine falsche Strategie. Die Mehrheit befürchtet nämlich, dass die Schweiz mit der einseitigen Ab-

schaffung der Zölle einen Trumpf bei der Verhandlung über neue Freihandelsabkommen verlieren würde. Es blieben dann einzig noch die Agrarzölle, deren Senkung man in Verhandlungen anbieten könnte. Sich präventiv und ohne sichtbaren Nutzen in Verhandlungen schwächen – so etwas tue man nicht, sagte SP-Sprecherin Jacqueline Badran (ZH). Nationalrat Roger Köppel (SVP, ZH) rief in den Saal: «Kein Land – korrigieren Sie mich –, kein Land auf diesem Planeten, das ich kenne, ist bereit, Zölle einfach unilateral preiszugeben und zu verschenken.»

CVP und SVP gespalten

Auch die Grünen und die Mitte-Fraktion sprachen sich gegen die Vorlage aus. Mitte-Sprecher Leo Müller (CVP, LU) zeigte kein Verständnis dafür, dass der Bundesrat die Industriezölle einseitig und ohne jede Gegenleistung abschaffen will. «Taktisch völlig ungeschickt», urteilte er. Die Mitte stimmte allerdings gespalten, ebenso die SVP, deren Sprecherin für die Abschaffung eingetreten war. Die Industrielle Magdalena Martullo-Blocher (SVP, GR) wies darauf hin, dass die Industrie besonders unter der Corona-Krise leide. Gleichzeitig habe ein aggressiver Wettbewerb um Un-

ternehmen begonnen – mit attraktiven Angeboten werde versucht, sie zum Wegzug zu bewegen. Nie sei die Unterstützung der Wirtschaft so sinnvoll und nötig gewesen wie in der heutigen Zeit. Auch wenn sich mit Martullo-Blocher ein politisches Schwergewicht der Partei für ein Ja zur Vorlage engagierte, stimmten in der SVP nicht nur alle Bauern und der Landwirtschaft nahestehende Parlamentarier wie Esther Friedli (SVP, SG) und Albert Rösti (SVP, BE) Nein, sondern auch Politiker wie Thomas Matter (SVP, ZH) und Céline Amaudruz (SVP, GE). Geschlossen trat die FDP auf. Es gehe um eine Reduktion ungerechtfertigter Handelshemmnisse, sagte Petra Gössi (FDP, SZ). In der Vernehmlassung hätten sich die Wirtschaftsverbände und Handelskammern positiv dazu geäussert. Die Konsumentenpreise würden gesenkt, KMUs von administrativem Aufwand entlas-

set. Das Verhandlungsargument liess Gössi nicht gelten: Dafür sei der Betrag nicht gross genug.

GLP will neue Auflagen

Die Grünliberalen befürworteten die Abschaffung ebenfalls, jedoch mit einem anderen Ziel. Sie wollen die Industriezölle nicht ersatzlos abschaffen, sondern durch ein Grenzausgleichssystem ersetzen. Damit sollen an der Grenze Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden. Das Plädoyer von Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) konnte die Mehrheit nicht umstimmen. Die Exportwirtschaft profitiere, Arbeitsplätze könnten gesichert werden, sagte er. Konsumentinnen und Konsumenten profitierten von tieferen Preisen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Es sei ein Puzzleteil im Kampf gegen die Hochpreisinsel, aber ein wichtiges. «Die Vorteile überwiegen die Kosten bei Weitem», sagte Parmelin. *sda/sal*

SO STIMMTEN DIE FRAKTIONEN

	SP	GLP	SVP	FDP	Mitte*	Grüne	Total
Nein zur Vorlage	38		26		14	30	108
Ja zur Vorlage		16	29	23	15		83
Enthaltung				3	1		4
Entschuldigt	1						1
Nicht teilgenommen				3	1		4

*Mitte-Fraktion: CVP, EVP, BDP. Quelle: Amtliches Bulletin